

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

22. Februar 1951.

225/J

A n f r a g e

der Abg. H o r n , S i n g e r , A s t l und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,

betreffend Einsicht in die Steuererhebungsblätter durch Beauftragte der Religionsgemeinschaften und die Preisgabe der Verschwiegenheit von Steuerbemessungsgrundlagen.

-----

Wiederholt wurde durch Abgeordnete bei parlamentarischen Verhandlungen darauf hingewiesen, dass einzelne Finanzämter Beauftragten der Religionsgemeinschaften Einsicht in die Haushaltslisten gewähren und damit einer Verletzung des gesetzlich gewährleisteten Steuergeheimnisses Vorschub leisten.

Die anfragenden Abgeordneten bestreiten nicht das Recht der Religionsgemeinschaften, von ihren Mitgliedern Kirchensteuer zu erheben. Sie teilen jedoch den Standpunkt eines Grossteiles der Bevölkerung, dass die Finanzbehörden nicht berechtigt sind, das Steuergeheimnis dadurch zu verletzen, dass Personen, die weder im Dienst der Finanzverwaltung stehen, noch an die Amtverschwiegenheit gebunden sind, Einblick in Unterlagen gewährt wird, die als Grundlage für die Steuerbemessung dienen.

Es muss ebenso abgelehnt werden, dienstfremden Personen damit Einblick in persönliche Privatverhältnisse des Familienlebens zu gestatten. Staatliche Behörden, die die ihnen auferlegte Geheimhaltungspflicht bezüglich der ihnen gemachten Angaben vom Staatsbürger über Privatverhältnisse verletzen, gefährden zumindest das moralische Recht der Behörde auf wahrheitsgemässe Angaben durch die Bevölkerung.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

1.) Auf Grund welcher gesetzlichen Ermächtigung beruht die durch Finanzämter den Beauftragten von Religionsgemeinschaften gewährte Erlaubnis, in die Haushaltslisten Einsicht zu nehmen?

2.) Welche Massnahmen haben die Finanzbehörden getroffen, um die Verschwiegenheit der einsichtnehmenden dienstfremden Personen über die durch die Einsicht bekannt gewordenen Privatverhältnisse der Staatsbürger zu garantieren?

-----